

Medienmitteilung

Departement Finanzen

4. April 2017

Rechnung 2016: Ohne PK-Rückstellung mit Ertragsüberschuss von 18,4 Millionen Franken

Die Rechnung 2016 der Stadt schliesst vor der letzte Woche bekannt gewordenen Bildung einer Rückstellung für die Pensionskasse mit einem Ertragsüberschuss von 18,4 Millionen Franken ab. Nach Vornahme der Rückstellung verbleibt allerdings ein Aufwandüberschuss von 97,1 Millionen Franken.

Im operativen Bereich konnte 2016 ein Ertragsüberschuss von 18,4 Millionen Franken erwirtschaftet werden. Mit Ausnahme der Sonderschulung und der Stadtpolizei haben alle Produktgruppen das Budget gut einhalten. Das zeigt, dass die Sparprogramme «effort14+» und «Balance» nachhaltig wirken und die Verwaltungsrechnung auf einem tieferen Niveau konsolidiert werden konnte.

Für die notwendige Sanierung der Pensionskasse der Stadt Winterthur musste jedoch aufgrund der neuen Rechnungslegungsvorschriften gemäss «HRM2» eine weitere Rückstellung gebildet werden, die den Steuerhaushalt mit 144,3 Millionen Franken belastet. Dadurch resultiert insgesamt ein Aufwandüberschuss von 97,1 Millionen Franken, der dem zweckfreien Eigenkapital belastet wird. Dieses beträgt per Ende 2016 noch 5 Millionen Franken. Auf die Eigenwirtschaftsbetriebe entfällt ein Rückstellungsanteil von 28,8 Millionen Franken.

Die grösste Verbesserung ist bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen. Diese beruhen – wie bei anderen Gemeinwesen auch – auf Mehrerträgen aus Vorjahren. Auch konnte die Zinsbelastung dank der anhaltenden Zinsbaisse weiter gesenkt werden. Bei der individuellen Unterstützung wurde das Budget dank höherer Rückerstattungen unterschritten.

Verschlechterungen sind vor allem bei der Bewertung der Finanz- und Verwaltungsliegenschaften zu verzeichnen. Passt der Kanton jedoch die Bewertungsformel an die gegenwärtige Marktentwicklung an, wird dies wieder eine Aufwertung zur Folge haben.

Der positive operative Rechnungsabschluss darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kosten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialem (brutto) weiterhin stark angestiegen sind. Der Stadtrat hat sich deshalb auch im vergangenen Jahr intensiv für eine Neuregelung der Verteilung der Soziallasten im Kanton Zürich eingesetzt. Zusammen mit anderen Städten und Gemeinden konnten Lösungsansätze erarbeitet werden, die nun in Zusammenarbeit mit dem Kanton weiterverfolgt werden.